



Fachbereich: FB 1 Zentrale Dienste

Telefon: 04331/202-350

E-Mail: martin.schmedtje@kreis-rd.de

NIEDERSCHRIFT -Öffentlicher Teil-

Sitzung des Hauptausschusses

Sitzungstermin: Donnerstag, 01.02.2018
Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr
Sitzungsende: 19:30 Uhr
Ort, Raum: Kreis Rendsburg-Eckernförde, Kaiserstraße 8, 24768 Rendsburg,
Sitzungsraum 169

Vorsitz

Hollmann , Jörg

reguläre Mitglieder

Dolgener Dr., Kai ab 17.30 Uhr
Albrecht , Tim
Christiansen , Manfred Entschuldigt
Eggert , Wilhelm
Herdan , Marion
Jacob , Sabrina
Lüth , Hans-Jörg
Rempe , Gudrun
Riebeling , Doris
Steckel , Raoul
Steins , Hartmut Entschuldigt
Tank , Reimer
Schwemer Dr., Rolf-Oliver

stellvertretende Mitglieder

Kahle , Thomas
Rohwer , Michael
Rösener , Armin
Storch , Susanne

beratende Mitglieder

Last , Hans-Werner

Verwaltung

Krieger , Hans-Joachim

Kruse Dr., Martin

Matthiesen , Judith

Volkman , Kai

Tagesordnung:

1. Eröffnung, Begrüßung und Festlegung der Tagesordnung
2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung am 07.12.2017
3. Anfragen von Mitgliedern des Hauptausschusses und der Fraktionsvorsitzenden
4. Verwendung des Jahresüberschusses 2016 der Förde Sparkasse VO/2017/372
5. Fallzahlenentwicklung nach in Kraft treten der Veränderungen des Unterhaltsvorschussgesetzes (UVG) vom 01.07.17 VO/2018/408
6. Neufassung des Vertrages der Integrierten Regionalleitstelle "Mitte" in Kiel VO/2018/414
7. Haushalt 2019; hier: Zeitplan für die Haushaltsplanung VO/2018/409
8. Verwaltungsangelegenheiten
- 8.1. Rückkehrberatung, ergänzende Daten der Asylstatistiken 2015-2017 VO/2015/739-002-001
9. Beteiligungsverwaltung
- 9.1. Entscheidung zum Gleichstellungsgesetz Schleswig-Holstein VO/2017/198-001
- 9.3. Integrations- und Aufnahmepauschale für Flüchtlinge - Auszahlung nicht verausgabter Mittel 2017 für 2018 VO/2018/401
10. Personalangelegenheiten
- 10.1. Nebentätigkeiten des Landrats VO/2017/390

Protokoll:

zu 1 Eröffnung, Begrüßung und Festlegung der Tagesordnung

Herr Hollmann eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und der Hauptausschuss beschlussfähig ist.

Beschluss:

Die Tagesordnung wird wie folgt beschlossen: Der Punkt „Rückkehrberatung, ergänzende Daten der Asylstatistiken“ wird unter Verwaltungsangelegenheiten aufgerufen.

Wegen Dringlichkeit wird darüber abgestimmt, die öffentliche Vorlage „Integrations- und Aufnahmepauschale für Flüchtlinge – Auszahlung nicht verausgabter Mittel 2017 für 2018“ auf die Tagesordnung zu setzen. Dies wird einstimmig beschlossen, so dass die nötige 2/3 Mehrheit erreicht ist.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung am 07.12.2017

Beschluss:

Die Niederschrift wird genehmigt.

zu 3 Anfragen von Mitgliedern des Hauptausschusses und der Fraktionsvorsitzenden

Schriftliche Anfragen liegen nicht vor.

Frau Rempe fragt, welche Auswirkungen das neue Kommunalpaket des Landes, in dem insbesondere Hilfen für die Kita- und Krippenfinanzierung in diesem Jahr auf 80 Millionen Euro und im kommenden Jahr auf 90 Millionen Euro gewährt werden, für den Kreis und die Städte und Gemeinden im Kreis haben.

Der Landrat erläutert, dass zur Zeit noch keine konkreten Zahlen für den Kreis vorliegen. Sobald die Informationen vorliegen, werden diese an den Haupt- und den Jugendhilfeausschuss weitergeleitet.

zu 4 Verwendung des Jahresüberschusses 2016 der Förde Sparkasse VO/2017/372

Beschluss:

Die Beschlussvorlage wird dahingehend ergänzt, dass eine abschließende Abstimmung am 19.04.2018 im Hauptausschuss erfolgen soll. Gemäß der Beschlussvorlage wird einstimmig beschlossen.

Beschlussvorschlag:

Die Fachausschüsse werden aufgefordert, Vorschläge für die Verwendung des Jahresüberschusses 2016 zu entwickeln und dem Hauptausschuss zur abschließenden Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	13
Nein-Stimmen:	
Enthaltungen:	

**zu 5 Fallzahlenentwicklung nach in Kraft treten der Ver- VO/2018/408
änderungen des Unterhaltsvorschussgesetzes (UVG)
vom 01.07.17**

Beschluss:

Die Beschlussvorlage vom 15.01.2018 wird zurückgestellt. Es wird einstimmig beschlossen, dass eine erneute Berichterstattung im Hauptausschuss am 08.03.2018 erfolgen soll.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	13
Nein-Stimmen:	
Enthaltungen:	

**zu 6 Neufassung des Vertrages der Integrierten Regional- VO/2018/414
leitstelle "Mitte" in Kiel**

Per Nachversand ist die geänderte Beschlussvorlage vom 24.01.2018 versandt worden, in der eine Änderung der Beratungsfolge in Form einer Empfehlung an den Kreistag vorgesehen ist.

Die Verwaltung wird gebeten bis zur Sitzung des Kreistages am 26.03.2018 zu klären, was unter „sonstige berücksichtigungsfähige Overheadkosten“ unter § 5 Abs. 1 zu verstehen ist.

Beschluss:

Es gemäß der Beschlussvorlage einstimmig beschlossen.

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Kreistag der Neufassung des Vertrages der Integrierten Regionalleitstelle „Mitte“ in Kiel (Leitstellenvertrag) auf der Grundlage des beigefügten Entwurfes zuzustimmen.

Der Kreistag folgt der Empfehlung des Hauptausschusses und stimmt der Neufassung des Vertrages der Integrierten Regionalleitstelle „Mitte“ in Kiel (Leitstellenvertrag) auf der Grundlage des beigefügten Entwurfes zu.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	13
Nein-Stimmen:	
Enthaltungen:	

zu 7 Haushalt 2019; hier: Zeitplan für die Haushaltsplanung VO/2018/409

Der Landrat berichtet gemäß der Mitteilungsvorlage vom 16.01.2018. Dies wird vom Hauptausschuss zur Kenntnis genommen.

zu 8 Verwaltungsangelegenheiten

Der Landrat informiert über die Berichterstattung zu Waffenkontrollen. Hintergrund war eine kleine Anfrage des SSW, wonach der Kreis nur eine anlasslose Vorortkontrolle durchgeführt habe. Daraufhin strebt der Kreis nun an, dieses Jahr 10 Prozent der Waffenbesitzer zu überprüfen. Anschließend soll das Verfahren evaluiert werden. Beim Innenministerium wurde angeregt, die Gebührenordnung dahingehend zu ändern, dass für eine anlasslose Kontrolle nicht mehr mindestens 50 Euro zu erheben sind, sondern diese gebührenfrei erfolgen kann. Wenn die Evaluation über die erhöhten Kontrollen vorliegt, wird die Politik informiert.

Dr. Dolgner regt an, vor dem Ausstellen einer Waffenkarte beim Verfassungsschutz anzufragen. Die Verwaltung sagt zu, diesen Vorschlag an den Landkreistag und das Innenministerium weiterzuleiten und darüber im Hauptausschuss zu informieren.

Frau Groeper berichtet über die vorläufige Festsetzsetzung des kommunalen Finanzausgleichs 2018. Geplant wurde mit 156,1 Mio. Euro und tatsächlich wurden 158,6 Mio. Euro vorläufig festgesetzt. Die Zahl ist vorläufig, weil sowohl die Einwohnerzahlen für März 2017 noch nicht vorliegen und auch der Landeshaushalt noch nicht verabschiedet ist.

Der Landrat regt an, man könne mit den Mittel die barrierefreien Haltestellen vorantreiben. Die Politik gibt der Verwaltung ein Signal der Zustimmung, aber fasst keinen Beschluss.

Der Landrat berichtet, über seine Entscheidung der Verteilung der 500.000 € Personalbudgetaufstockung. Die Summe fließt u.a. in eine Tierarztstelle und Verstärkungen im Bereich Gesundheitsamt, Eingliederungshilfe, Digitalisierung, ÖPNV und Schülerbeförderung.

zu 8.1 Rückkehrberatung, ergänzende Daten der Asylstatistiken 2015-2017 VO/2015/739-002-001

Vorgezogen unter TOP 8

Die Mitteilungsvorlage vom 16.01.2018, die per Nachversand verschickt wurde, wird zur Kenntnis genommen

zu 9 Beteiligungsverwaltung

Hinsichtlich der Änderungen der Gesellschafterverträge bezüglich der inland GmbH erinnert Herr Hollmann daran, dass sich die Fraktionsvorsitzenden abstimmen wollen.

zu 9.1 Entscheidung zum Gleichstellungsgesetz Schleswig-Holstein VO/2017/198-001

Die Mitteilungsvorlage vom 11.01.2018 wird zur Kenntnis genommen.

**zu 9.3 Integrations- und Aufnahmepauschale für Flüchtlinge - VO/2018/401
Auszahlung nicht verausgabter Mittel 2017 für 2018**

Beschluss: Der Beschlussvorlage wird – bei einer Enthaltung – zugestimmt.

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss beschließt, die Restmittel der Integrations- und Aufnahmepauschale 2017 in Höhe von 1.277.750,00 Euro an die Städte, Ämter und amtsfreien Gemeinden nach den Mittelwerten auszahlend, die sich aus der Berechnung nach der Anzahl der tatsächlich zugewiesenen Flüchtlinge der Jahre 2015-2017 und der Berechnung nach der Einwohnerzahl ergeben.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	12
Nein-Stimmen:	
Enthaltungen:	1

zu 10 Personalangelegenheiten

Beschluss:

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	
Nein-Stimmen:	
Enthaltungen:	

zu 10.1 Nebentätigkeiten des Landrats

VO/2017/390

Die Mitteilungsvorlage vom 19.12.2017 wird zur Kenntnis genommen.